

**Antrag der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Jan Timke (BIW)**

**Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und der Todesfälle von frühgeborenen Kindern in der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen-Mitte (KBM) sowie der damit im Zusammenhang stehenden mutmaßlichen Missachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, der Nichtbeachtung von Meldevorschriften sowie struktureller, personeller und organisatorischer Mängel hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes zu untersuchen, ob und inwieweit die Nichtbeachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, strukturelle, personelle und/oder organisatorische Mängel innerhalb des Klinikums Bremen-Mitte, des Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo), des Gesundheitsamtes bzw. der senatorischen Behörde für Gesundheit sowie die Nichtbeachtung der Meldevorschriften für die Infektion von mindestens 23 Kindern mit dem Keim *Klebsiella pneumoniae* und den Tod von mindestens drei frühgeborenen Kindern ursächlich waren und bei Einhaltung der Vorschriften vermeidbar gewesen wären.

Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf folgende Themenkomplexe:

- Erforschung der möglichen Ursachen für die Klebsiellen-Infektion in der Neonatologie im Klinikum Bremen-Mitte.
- Kontrolle und Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften zur Krankenhaushygiene im Klinikum Bremen-Mitte durch das Krankenhaus selbst, die Gesundheit Nord sowie die zuständigen Aufsichtsbehörden.
- Beachtung der Meldevorschriften sowie die Information der Öffentlichkeit durch die Behörde der Senatorin für Gesundheit im vorliegenden und allgemein das vorgesehene Reaktionssystem im Krisenfall.
- Auswirkungen des Zentrenkonzeptes der Gesundheit Nord im Bereich der Neonatologie.
- Umsetzung und Einhaltung der G-BA-Richtlinien über Maßnahmen der Qualitätssicherung in Krankenhäusern.
- Die politische und administrative Verantwortung des Senats, insbesondere der Senatorin für Gesundheit, als Senatorin und Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesundheit Nord.
- Konsequenzen aus dem zu untersuchenden Sachverhalt für die Verbesserung und Weiterentwicklung der Krankenhaushygiene im Land Bremen sowie der Meldevorschriften innerhalb des Gesundheitsressorts, seiner nachgeordneten Dienststellen und zwischen diesen Behörden.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- Art und Umfang der geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften zur Krankenhaushygiene.
- Umsetzung der geltenden Hygienevorschriften in der Neonatologie, im Klinikum Bremen-Mitte und im Klinikverbund Gesundheit Nord.
- Personelle Verantwortung für die Umsetzung der Hygienevorschriften in der Neonatologie und im Klinikum Bremen-Mitte.
- Personelle Ausstattung und Qualifikation im Bereich Krankenhaushygiene im Klinikverbund Gesundheit Nord.
- Zusammenarbeit mit den Krankenkassen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Vorschriften zur Krankenhaushygiene.
- Eingeleitete Maßnahmen des Klinikum Bremen-Mitte, der Gesundheit Nord, des Gesundheitsamtes und des Gesundheitsressorts seit Beginn der Infektionen im konkreten Krisenfall.
- Auswirkung der Zusammenführung der Neonatologie von den Kliniken Links der Weser und Bremen-Nord am Klinikum Bremen-Mitte im Hinblick auf den konkreten Krisenfall und im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung insgesamt.
- Zeitpunkt und Umfang der Untersuchung der Mitarbeiter der Neonatologie und des Klinikum Bremen-Mitte auf den zur Rede stehenden Keim.
- Art und Umfang der vorgeschriebenen Meldewege und tatsächlicher Ablauf im zu untersuchenden Sachverhalt.
- Zeitpunkt der Information von medizinischem Personal in der betroffenen Klinik, Angehörigen von betroffenen Patienten sowie der Öffentlichkeit.
- Anzeige und Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen.

Sandra Ahrens	Jörg Kastendiek
Silke Allers	Erwin Knäpper
Rainer Bensch	Dr. Rita Mohr-Lüllmann
Paul Bödeker	Elisabeth Motschmann
Dr. Thomas vom Bruch	Silvia Neumeyer
Susanne Grobien	Gabriela Piontkowski
Sigrid Grönert	Bernd Ravens
Luisa-Katharina Häsler	Claas Rohmeyer
Wilhelm Hinners	Heiko Strohmann
Frank Imhoff	Thomas Röwekamp
	Jan Timke